

Der Beitritt Österreichs zur EU am 1. Jänner 1995 war von einer Vielzahl an Motiven getragen. Wirtschaftliche Argumente – vor allem die Integrationsdynamik des EU-Binnenmarktes und der uneingeschränkte Zugang zu den europäischen Märkten – spielten für die stark außenwirtschaftlich verflochtene österreichische Volkswirtschaft eine wichtige – vielleicht sogar die dominante¹ – Rolle. Zehn Jahre EU-Mitgliedschaft bieten Anlass, eine Zwischenbilanz über die Auswirkungen des EU-Beitritts auf Österreich zu ziehen – und gegebenenfalls daraus Schlüsse für die Zukunft abzuleiten. Die vorliegende Ausgabe von „Geldpolitik und Wirtschaft“ analysiert nach einer Darstellung der Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) als Institution drei Themenfelder: erstens die Veränderungen auf makroökonomischer Ebene (geldpolitisches Regime, Inflation, Wachstum, Fiskalpolitik), zweitens Implikationen für die österreichischen Finanzmärkte (Finanzmarktstruktur, Internationalisierung, Finanzsystemstabilität) und drittens Wirkungen auf die österreichische Wirtschaftsstruktur (Arbeitsmarkt, Außenhandel, Liberalisierungseffekte in Netzwerkindustrien).

Die OeNB hat die EU-Integration Österreichs immer aktiv unterstützt. Mit der Vorbereitung und Umsetzung der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie der Einführung des Euro übernahm die OeNB in Österreich die Verantwortung für einen zentralen Pfeiler der wirtschaftspolitischen Agenda der EU. Der Euro hat dabei die Rolle der OeNB innerhalb der österreichischen wirtschafts- und währungspolitischen Institutionen verändert. Die zwischen OeNB, Regierung und Sozialpartnern akkordierte „Hartwährungspolitik“ wich der europäischen Geldpolitik des Eurosystems, an deren Rahmen sich die österreichische Wirtschaftspolitik anpasst. Gleichzeitig erfuhr die OeNB mit dem EU-Beitritt und der Integration in das Europäische System der Zentralbanken eine fundamentale Transformation ihrer Arbeitsweise und Arbeitsinhalte. Die OeNB kann gewissermaßen als Mikrokosmos der umfassenden Änderungen bei den wirtschaftspolitischen Institutionen Österreichs im Allgemeinen gesehen werden, die durch den EU-Beitritt ausgelöst wurden und die noch geraume Zeit andauern werden.² Die Entwicklung zu einem länderübergreifenden Benchmarking wirtschaftspolitischer Institutionen fördert die Qualität, Konsistenz und Nachvollziehbarkeit wirtschaftspolitischer Entscheidungen auch in Österreich.

Mit dem Euro wurde eine neue Währung eingeführt, die an Stabilität dem Schilling um nichts nachsteht, die aber aufgrund ihrer weiten Verbreitung viele Vorteile bringt. Die ersten zehn Jahre der EU-Mitgliedschaft waren mit einer durchschnittlichen jährlichen HVPI-Inflationsrate von 1,5% eine Ära der Preisstabilität. Die Preisentwicklung verlief vor allem bei landwirtschaftlichen Produkten, handelbaren Gütern und in den von der EU-weiten Liberalisierung betroffenen Netzwerkindustrien im Gefolge des EU-Beitritts gedämpft. Die Euro-Bargeldumstellung hatte kaum Wirkungen auf das allgemeine Preisniveau. Der Euro hat das außenwirtschaftliche Preisumfeld für die österreichische Wirtschaft noch stärker, als dies die Hartwährungspolitik vermochte, stabilisiert. Dies impliziert gleichzeitig, dass in der WWU der Lohn- und Preismoderation ein zentraler Stellenwert für die Erhaltung der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit zukommt.

Die österreichische Wirtschaftspolitik unterlag bereits seit den späten Achtzigerjahren einem grundlegenden Umdenkprozess. Der gestiegene Offenheitsgrad der österreichischen Wirtschaft, der auch die volle Liberalisierung des Kapitalverkehrs im Jahr 1991 einschloss, und die stark angewachsene Staatsverschuldung verringerten den autonomen Spielraum nationaler

¹ Siehe dazu auch Pelinka, A. 2002. Innensicht. Rollenbild und Rollenwahrnehmung Österreichs als Akteur in der EU. In: Neisser, H. und S. Puntcher-Riekmann. (Hrsg.). Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien.

² Siehe dazu auch Kramer, H. 2002. Österreichs Wirtschaftspolitik im Rahmen der EU. In: Neisser, H. und S. Puntcher-Riekmann. (Hrsg.). Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien.

Wirtschaftspolitik wesentlich. Der Beitritt zur EU wirkte in dieser Situation als Katalysator für anstehende Strukturreformen.

Zur Erfüllung der Maastricht-Konvergenzkriterien mussten in den Jahren 1996/97 beträchtliche Budgetkonsolidierungsanstrengungen unternommen werden. Ab der Jahrtausendwende wurden durch die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts und durch die EU-Diskussion über die „Qualität öffentlicher Finanzen“ ein ausgeglichener Staatshaushalt, eine sinkende Staatsquote sowie eine langfristig wachstumsfördernde Ausgaben- und Einnahmenstruktur zu neuen Leitformeln der Budgetpolitik.

Flexiblen Wirtschaftsstrukturen kommt im EU-Binnenmarkt und in der WWU eine wichtige Rolle zu, um rasch auf sich ändernde internationale Wettbewerbsbedingungen reagieren und Schocks möglichst reibungslos absorbieren zu können. Die EU hat gezielt den Wettbewerb intensiviert, indem vormals durch nationale Regulierungen geschützte Wirtschaftsbereiche dem Wettbewerb geöffnet wurden. Die Liberalisierung der Netzwerkindustrien ist ein Beispiel dafür, wie die EU als Katalysator für Reformen dient, die die Kosten für andere Wirtschaftsbereiche verringern und die Inflation dämpfen. Der EU-Beitritt und die Teilnahme an der WWU haben aber auch die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Österreich und den EU-Ländern weiter intensiviert.

Der österreichische Arbeitsmarkt befand sich bereits vor dem EU-Beitritt als Folge wachsender Internationalisierung im Umbruch. Der Beitritt hat den österreichischen Arbeitsmarkt gegenüber den anderen EU-Ländern geöffnet. Bereits seit längerer Zeit sichtbare strukturelle Herausforderungen, wie das unausgeschöpfte Potenzial bei der Erwerbstätigkeit älterer Menschen und Frauen, sollten im Rahmen der Umsetzung der Lissabon-Strategie in Angriff genommen werden.

Die EU-Mitgliedschaft hat die Liberalisierung des österreichischen Finanzmarktes beschleunigt und die Finanzierungsmöglichkeiten für österreichische Unternehmen wesentlich erweitert. Die Banken haben auf die Herausforderungen der EU-Integration durch vermehrte Zusammenschlüsse und Übernahmen, Kosteneinsparungen und durch eine aktive Internationalisierung vor allem in Richtung Zentral-, Ost- und Südosteuropa reagiert. Die internationale finanzielle Verflechtung Österreichs hat in der letzten Dekade massiv zugenommen. Erhöhte Effizienz der Kapitalallokation und breitere Risikostreuung haben die Stabilität des österreichischen Finanzsystems gestärkt. Auch die enge europäische Kooperation bei der Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzinstitute, in die die OeNB eng eingebunden ist, trägt zur Finanzmarktstabilität bei.

Insgesamt ist die wirtschaftliche Bilanz der österreichischen EU-Mitgliedschaft positiv einzuschätzen. Neben den direkten Integrationswirkungen des EU-Binnenmarktes und der WWU hat die EU einen wirtschaftspolitischen Reformprozess in Österreich bewirkt. Die Erweiterung der EU hat die EU-Dividende für Österreich weiter erhöht. Die österreichischen Entscheidungsträger und die Bevölkerung haben nach einigen Jahren des Lernprozesses erkannt, dass durch ein aktives Herangehen und Mitgestalten des europäischen Integrationsprozesses und seiner vielfältigen Teilaspekte der Nutzen der Mitgliedschaft Österreichs erhöht wird. Wesentliche Potenziale der EU-Integration – sowohl für Österreich als auch für die EU insgesamt – sind aber noch zu entwickeln. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, sich auf die Dynamik wirtschaftlicher Entwicklung im sich stetig vertiefenden EU-Binnenmarkt und in einem globalisierten Umfeld bewusst einzulassen. Österreich findet als EU-Mitglied inmitten Europas sehr gute Voraussetzungen vor, sein Wohlstandsniveau auch in der kommenden Dekade weiter zu erhöhen, wenn es die sich bietenden vielfältigen Chancen wahrnimmt.